

XIV. Stimmung in der Bevölkerung¹

Am 1. Juni 1816² berichtete die Regierung Koblenz, dass *die Stimmung der Einwohner für die Regierung fortwährend gut* sei, da *man bisher das Vertrauen auf die neuen Einrichtungen gerechtfertigt fand*. Folgende Einschätzung aus dem Krs. Koblenz vom 26. Juni 1816³ sind gleichsam als Vorschusslorbeeren zu werten: *Die Bewohner beweisen sich von jeher folgsam für alle Anordnungen der Obern und zeichneten sich aus durch Treue und Anhänglichkeit an ihren Regenten*. Aus dem Krs. Ahrweiler wurde im Juni 1816⁴ die *treuherzige Gutmüthigkeit* der Einwohner gelobt. In Linz war im Juni 1816⁵ die öffentliche Stimmung für König und Vaterland [...] trefflich, und besonders in der Stadt Linz durch die Wohlthat, eine Kreisstadt geworden zu seyn, und die Hoffnung, ein Landgericht und Gymnasium zu erhalten, merklich erhöht worden.

Die positive Grundstimmung wurde allerdings durch verschiedentliche Gerüchte um Gebietsabtrennungen vom Koblenzer Regierungsbezirk getrübt. So wurde am 4. November 1816⁶ betont, dass die Bewohner der Rheinprovinzen mit ihrem Schicksal *unter dem beglückenden Scepter Ew(er) könig(lichen) Majestät* zufrieden seien. Auf der rechten Rheinseite würde aber ein Gerücht der Abtretung dieses Landesteils für einige Unruhe sorgen, das aus zwei Gründen für viele Einwohner eine gewisse Wahrscheinlichkeit habe. Zum Einen sei nämlich die französische Verfassung hier noch nicht ganz verdrängt, und zum Anderen habe man dort nicht gehuldigt.

Im Gegensatz dazu hob der Bericht vom 1. August 1816⁷ die Attraktivität des Regierungsbezirks Koblenz hervor. Die Bewohner des unter herzoglich nassauischer Verwaltung

-
- 1 Vgl. dazu Alfred HERRMANN, Die Stimmung der Rheinländer gegenüber Preußen 1814/16, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 115 (1929) S. 366–394; FABER, Rheinlande S. 348–367 und KOLTES, Rheinland S. 409–413.
 - 2 LHA Ko, Best. 441 Nr. 937.
 - 3 LHA Ko, Best. 441 Nr. 967 S. 7 f.
 - 4 LHA Ko, Best. 441 Nr. 968 S. 21.
 - 5 LHA Ko, Best. 441 Nr. 968 S. 104.
 - 6 LHA Ko, Best. 441 Nr. 937.
 - 7 LHA Ko, Best. 441 Nr. 937.

XIV. Stimmung in der Bevölkerung

stehenden Fürstentums Siegen hätten nämlich den Wunsch geäußert, *bald dieser provisorischen Verwaltung entzogen und gleich ihren Brüdern Ew(er) königl(ichen) Majestät beglückender Regierung für immer zugetheilt zu werden.* Im Amt Atzbach verbreitete sich dann aber im Januar 1817⁸ das Gerücht, dass das Amt gegen die hessische Saline bei Kreuznach⁹ ausgetauscht werde. Die Einwohner seien nur mühsam davon abzuhalten gewesen, wegen ihres Verbleibs in Preußen eine Abordnung an den König zu schicken. Die Reaktion in Berlin erfolgte prompt, denn am 4. März 1817¹⁰ sah sich König Friedrich Wilhelm III. veranlasst, die Regierung Koblenz in einer Kabinettsordre darauf hinzuweisen, dass die Gerüchte unberechtigt seien: *In Beziehung auf den für den Monat Januar erstatteten Zeitungsbericht beauftrage Ich hierdurch die Regierung, den Einwohnern des Amtes Atzbach zu ihrer Beruhigung die Zusicherung zu ertheilen, daß von der Abtretung dieses Amtes an eine andere Landesherrschaft gar nicht die Rede ist.* Die Regierung Koblenz wiederum setzte mit Verfügung vom 18. März den Landrat von Wetzlar hiervon mit der Auflage in Kenntnis, dies *unverzüglich zur Kenntniß der Einwohner des besagten Amtes zu bringen.* Die Bewohner des Amtes Atzbach wiederum haben, wie am 1. April¹¹ gemeldet wurde, die Zusicherung *mit größter Freude aufgenommen.*

Am 23. November 1816¹² berichtete der Landrat von Kreuznach von einer angeblichen *Absicht, das hiesige Land wieder an einen anderen Souverain abzutreten, worüber dann auch immer abwechselnd die sonderbarsten und widersprechendsten Gerüchte im Umlaufe sind. Einen Hauptgrund zur Unterstützung solcher Behauptungen will man in dem Umstande finden, daß für das rechte Moselufer noch keine förmliche Huldigung stattgefunden habe.* Am 1. Mai 1817¹³ wurde das Gerücht dahingehend etwas präzisiert, dass der Krs. Kreuznach an Hessen-Darmstadt abgetreten werden solle. Unter den Einwohnern sei deshalb eine große Besorgnis entstanden. Auch in diesem Fall ließ die Reaktion aus

8 Bericht vom 1. Februar 1817 (LHA Ko, Best. 441 Nr. 937).

9 Vgl. dazu Peter BROMMER, An der Nahe und auf dem Hunsrück. Edition und Kommentierung der Beschreibungen des pfälzischen Oberamtes Kreuznach (1601 und 1772/ca. 1775) und des badischen Oberamtes Kirchberg (1766–1772) (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz 120). Koblenz 2015, S. 426, 431, 454f, 468, 471, 486, 490. – Vgl. auch den Bericht des Landrats von Kreuznach vom 26. Februar 1818 (LHA Ko, Best. 441 Nr. 41 S. 137): *In der Kreuznacher Gemarkung befinden sich die bedeutenden großherzoglich hessischen Privat-Salinen Theodors- und Karls-halle, auf welchen aus der durch Gradirhäuser verstärkten Soole jährlich ungefähr 30.000 Zentner Salz bereitet und damit 57 Arbeiter beschäftigt werden.*

Die großherzoglich hessische Saline zu Kreuznach hatte über Jahre die Zahlung der Grundsteuer verweigert, so dass sich bis zum 31. Oktober 1820 ein Rückstand von 9.187 Talern gebildet hatte (LHA Ko, Best. 402 Nr. 140 S. 278).

10 LHA Ko, Best. 441 Nr. 937.

11 LHA Ko, Best. 441 Nr. 937.

12 LHA Ko, Best. 441 Nr. 973 S. 91.

13 LHA Ko, Best. 441 Nr. 937. Vgl. dazu auch die Rheinischen Blätter vom 8. August 1816 S. 102: *Am lautesten und unzweideutigsten offenbarte sich die Vorliebe des Volks für Preußen, als die Nachricht verlautete, daß einige Kantone an der Nahe und am Glan an kleinere Fürsten wieder abgetreten würden. Sie sprach sich in Klagen, Seufzern, Niedergeschlagenheit, Muthlosigkeit, Zorn, Flüchen etc. nach der Individualität eines Jeden aus. „Wir wollen preußisch bleiben!“ war die Volksstimme.*

XIV. Stimmung in der Bevölkerung

Berlin nicht lange auf sich warten. Am 29. Mai 1817 teilte nämlich Staatskanzler Fürst von Hardenberg der Koblenzer Regierung in einem Reskript mit, dass keine Veranlassung zu dieser Besorgnis bestehe, das Gerücht sei also *völlig ungegründet*. Die Regierung leitete das Reskript am 12. Juni an den Kreuznacher Landrat mit der Verfügung weiter, *die Einwohner der dortigen Gegend schleunigst davon in Kenntniß zu setzen*. Ergänzend ließ auch König Friedrich Wilhelm III. in einer Kabinettsordre vom 15. Juni 1817 die Koblenzer Regierung wissen, dass das *Gerücht durchaus grundlos* sei, die ihrerseits dem Landrat am 30. Juni aufgab, *daß der Wille und der Ausspruch S(eine)r Majestät des Königs die schleunigste und vollkommenste Publizität erlange*. Am 5. August 1817¹⁴ konnte dann berichtet werden, dass die Klarstellung *nach ihrer Publikation einen äußerst vortheilhaften Eindruck auf die Meinung der Einwohner gemacht hätte*.

Ein weiteres, recht abstruses Gerücht wurde am 31. Mai 1819¹⁵ notiert, dass die Rheinprovinzen gegen Sachsen getauscht werden sollten, nachdem aufgrund mangelnder Finanzierung und dadurch stockender Festungsarbeiten in Koblenz/Ehrenbreitstein 700 Arbeiter entlassen worden seien. Nach Meinung der Regierung erhielt jedoch dies *Gerücht [...] im Ganzen wenig Consistenz*.

Ziemlich direkt ist das folgende Urteil von 1817:¹⁶ *Der größte Theil der Einwohner sind Egoisten; beinahe alle wünschen Ruhe und Frieden, weil sie in den langjährigen Kriegen von Franken sehr viel zu erdulden hatten; es giebt sehr wenige Schwindelköpfe, welche dem Bonapart'schen System oder dem sogenannten Deutschthum anhangen; der klügere Theil weiß der Krone Preußen dafür aufrichtigen Dank, daß dieselbe durch den glücklichen Ausgang der Schlacht von Waterloo die hiesigen Gegenden gegen die damaligen bevorstehenden Kriegsverheerungen geschützt hat; er sieht in den neuen Festungsanlagen ein Beweis, daß die Krone Preußen in die Zukunft die hiesigen Provinzen zu behaupten gesonnen ist*.

Am 1. Juni 1817¹⁷ war die Stimmung aufgrund der miserablen Versorgungslage mies. Die Regierung resümierte: *Kurz, es ist eine höchst jammervolle, aber dennoch merkwürdige Zeit, deren ruhiges Vorübergehen das volle Zutrauen und die Zuneigung des Volkes zu seinem Landesherrn beweiset*.

Am 27. Dezember 1817¹⁸ berichtete Regierungsrat Fischer, er habe auf seiner Reise im Hunsrück überall die erfreulichsten Beweise einer immer mehr *sich verbreitenden und befestigenden Anhänglichkeit an die gegenwärtige Regierung gefunden*.

14 LHA Ko, Best. 441 Nr. 937.

15 LHA Ko, Best. 402 Nr. 140 S. 66.

16 LHA Ko, Best. 402 Nr. 85 S. 4.

17 LHA Ko, Best. 441 Nr. 937.

18 LHA Ko, Best. 441 Nr. 1342 Bl. 115v/116r.

XIV. Stimmung in der Bevölkerung

Die Kabinettsordre vom 17. Januar 1820 wegen der Staatsschulden habe nach dem Bericht vom 31. Januar 1820¹⁹ *auf die öffentliche Stimmung einen äusserst günstigen Eindruck gemacht, der sich auf den Staats-Kredit in der Folge noch vortheilhafter äussern wird.*

Am 31. März 1822²⁰ wurde schließlich festgestellt: *Uebrigens ist die Stimmung dieser bedrängten Landleute fortdauernd ruhig und gut.*

19 LHA Ko, Best. 402 Nr. 140 S. 175.

20 LHA Ko, Best. 402 Nr. 142 S. 35 f.